

AMERIKAS DEMOKRATIE IN DER KRISE

DIE PRÄSIDENTENWAHL 2000 UND 2004



David North

Amerikas Demokratie in der Krise

David North

Amerikas Demokratie in der Krise

Die Präsidentenwahlen 2000 und 2004

Arbeiterpresse Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Arbeiterpresse Verlag, Essen

Internet: www.arbeiterpresse.de

Alle Rechte vorbehalten

Fotomechanische Wiedergabe und Einspeicherung in elektronische Systeme
nur mit Genehmigung des Verlags

Cover-Design: Pauline Haas

Titelbild: © David Carrick

Layout und Satz: Ludwig Niethammer

Druck und Bindung: Prisma Druck

Printed in Germany

ISBN 3-88634-084-8

Inhalt

Einleitung 7

Lehren aus der Geschichte: Die Wahl 2000
und der neue, „unüberbrückbare Konflikt“ 12

Irakkrieg, Demokratische Partei
und Howard Deans Wahlkampagne 38

Militarismus und soziale Gegensätze
im heutigen Amerika 60

Nach der Wahl 2004:
Die politischen Herausforderungen vor
der amerikanischen Arbeiterklasse 87

Ronald Reagan (1911–2004) – ein Nachruf 105

Gedanken zum 40. Jahrestag
der Ermordung Kennedys 115

Anmerkungen 123

Register 124

Einleitung

Die Wahl George W. Bushs zu einer zweiten Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten hat Millionen Menschen auf der ganzen Welt und in den Vereinigten Staaten selbst schockiert. Sie verspricht eine Eskalation des amerikanischen Militarismus und verschärfte Angriffe auf die demokratischen Rechte und die Lebensverhältnisse der amerikanischen Bevölkerung.

Das Ergebnis wirft wichtige politische und moralische Fragen auf. Die Regierung Bush hat das amerikanische Volk mit Hilfe von Lügen in einen Krieg gezerrt. Sie hat einen gewaltigen Vermögens-transfer von der arbeitenden Bevölkerung an die Finanzelite und die weitgehendsten Angriffe auf Bürgerrechte in der amerikanischen Geschichte zu verantworten. Wie konnte eine solche Regierung eine Stimmenmehrheit bekommen? Und warum war die Demokratische Partei unfähig, wirksam gegen eine Regierung aufzutreten, die ursprünglich an die Macht gelangt war, indem sie eine Wahl stahl, und die anschließend in einem Sumpf von Verbrechen und Korruption versank?

Die meisten amerikanischen und internationalen Analysen, die vorgeben, die Wahl 2004 zu untersuchen, stellen diese Fragen nicht einmal ansatzweise, geschweige denn, dass sie eine Antwort darauf geben. In der Regel gehen sie nicht weiter als die letzte Meinungsumfrage.

Die in diesem Band gesammelten Vorträge analysieren die politische Entwicklung, die zur Regierungsübernahme durch Bush und zu seiner Bestätigung im Amt geführt hat. Sie entstanden zur Zeit der Ereignisse und stellen eine erste Annäherung an eine politische Situation dar, die sich in raschem Wandel befindet. Sie unterscheiden sich deutlich von konventionellen Untersuchungen der amerikanischen Politik. Darin liegt ihr Wert. Ihre zentrale These lautet,

dass hinter den politischen Erschütterungen der jüngsten Zeit ein beispielloses Anwachsen der sozialen Ungleichheit steht. Aufgrund des politischen Monopols, das die beiden kapitalistischen Parteien ausüben, und des Fehlens einer Arbeiterpartei können die tiefen Klassengegensätze aber im Rahmen der Wahlen nur einen verzerrten Ausdruck finden.

David North, Chefredakteur der *World Socialist Web Site* und Nationaler Sekretär der Socialist Equality Party, entwickelt diese These in vier umfassenden Vorträgen.

Den ersten hielt er im Dezember 2000, unmittelbar vor dem Höhepunkt der politischen Krise, die durch das umstrittene Ergebnis der Präsidentenwahl ausgelöst worden war. Der Oberste Gerichtshof der USA stand kurz davor, das berüchtigte Urteil zu verkünden, das einer republikanischen Regierung zur Macht verhelfen sollte, die von der Mehrheit der Wähler abgelehnt worden war. North warnte damals: „Die Entscheidung dieses Gerichts wird zeigen, wie weit die amerikanische herrschende Klasse bereit ist, die traditionellen, bürgerlich demokratischen und verfassungsmäßigen Normen zu brechen.“

Die seitherigen politischen Ereignisse haben diese Warnung in vollem Umfang bestätigt. Die Regierung Bush hat trotz der massiven Opposition in den USA und auf der ganzen Welt einen Angriffskrieg entfesselt und sich polizeistaatliche Vollmachten angemaßt. Sie nimmt sich das Recht heraus, Leute ohne Anklage und Prozess einzusperren. Es reicht aus, wenn sie vom Präsidenten als „feindliche Kämpfer“ bezeichnet werden. Die Regierung hat juristische Gutachten erstellen lassen, die die Anwendung von Folter rechtfertigen. Ihre konkreten Folgen waren auf den grotesken Bildern aus dem irakischen Gefängnis von Abu Ghraib zu sehen. North vertritt den Standpunkt, dass die Ursache für diese verhängnisvolle Entwicklung im amerikanischen politischen Leben in der beispiellosen Polarisierung zwischen Reichtum und Armut liege. Eine derart ausgeprägte soziale Ungleichheit lasse sich nicht mit politischer Demokratie vereinbaren.

2004 fanden die Wahlen inmitten einer politischen Krise statt, hervorgerufen durch den wachsenden Widerstand des irakischen Volkes gegen die militärische Besatzung durch die USA. Drei Vorträge in diesem Buch befassen sich mit diesen Wahlen.

North macht deutlich, dass der Krieg nicht einfach das Ergebnis einer Verschwörung war, ausgeheckt durch eine Handvoll rechts-extremer Ideologen im Weißen Haus und im Pentagon. Der Krieg offenbarte ein kolossales Versagen der amerikanischen Demokratie. Der illegale Einmarsch in ein Land, das keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellte, wurde von Demokraten und Republikanern gleichermaßen unterstützt, von den Massenmedien verherrlicht und gerechtfertigt und von mächtigen Finanzinteressen ermutigt. Letztlich entsprang der Krieg dem Versuch des amerikanischen Imperialismus, den anhaltenden Rückgang seines relativen Gewichts auf den Weltmärkten durch den Einsatz militärischer Gewalt wett zu machen. Er verfolgte das Ziel, die strategischen Ölserven unter Kontrolle zu bringen, von denen die wirklichen und potenziellen Rivalen der USA in Europa und Asien abhängig sind.

Im Verlauf des Wahlkampfes verhinderte die Demokratische Partei, dass sich die weit verbreitete Antikriegsstimmung politisch äußern konnte. Selbst als Kerry mit großer Verspätung Bushs Kriegsführung kritisierte, beharrte er weiterhin darauf, dass auch er die amerikanischen Truppen nicht aus Irak abziehen werde. Er versprach sogar, den Militäreinsatz auszudehnen, um den Widerstand zu zerschlagen. Mitten in der Kampagne gab er die berüchtigte Erklärung ab, er hätte selbst dann für die Invasion gestimmt, wenn er gewusst hätte, dass es in Irak keine Massenvernichtungswaffen gebe und keine Verbindungen zwischen Bagdad und Al Qaida existierten – die offiziellen Vorwände für den Krieg.

Die Unfähigkeit der Demokratischen Partei, der Regierung Bush auch nur in einer sozialen oder politischen Frage konsequent entgegenzutreten, wurzelt in ihrem Klassenstandpunkt. Obwohl sie sich als Volkspartei ausgibt, verteidigt sie die Interessen der Finanzelite, von der sie kontrolliert wird.

North unterwirft die Entwicklung dieser Partei einer sorgfältigen historischen Analyse, angefangen mit der Bürgerkriegsperiode, als sie sich um ein abwegiges Bündnis zwischen den südlichen Sklavenhaltern und der im Norden entstehenden Arbeiterklasse bemühte, über den New Deal bis hin zum Niedergang und Zusammenbruch des liberalen Reformismus im Anschluss an den Vietnamkrieg. Die Wahlen der Jahre 2000 und 2004, folgert North, haben gezeigt, welchen fürchterlichen Preis die amerikanische Arbeiter-

bewegung für ihre jahrzehntelange Unterordnung unter die Demokratische Partei bezahlen muss.

„Für amerikanische Arbeiter“, betont North, „beginnt das politische Denken mit der Erkenntnis, dass sie ihre Klasseninteressen nicht mittels einer Partei verteidigen können, die von Wirtschaftsinteressen kontrolliert wird und diesen hörig ist, dass sie sich in einer eigenen, politisch unabhängigen Partei organisieren und mit einem Programm bewaffnen müssen, das ihren Bedürfnissen und Hoffnungen klaren Ausdruck verleiht.“

Die in diesem Band vorgestellte Analyse wurde nicht vom Standpunkt der geruhsamen akademischen Betrachtung erstellt. Sie war Bestandteil des aktiven Eingreifens der Socialist Equality Party in den Wahlkampf. Die SEP stellte eigene Kandidaten für das Amt des Präsidenten und Vizepräsidenten auf – Bill Van Auken und Jim Lawrence – sowie einzelne Kandidaten für den Kongress und lokale Ämter.

Ihre Kampagne konzentrierte sich nicht so sehr auf das Sammeln von Stimmen, als auf die politische Erziehung der Arbeiterklasse und die Entwicklung ihres Klassenbewusstseins. Im Mittelpunkt stand der notwendige Bruch mit der Demokratischen Partei und der Aufbau einer neuen, unabhängigen Massenpartei der Arbeiterklasse, die sich auf ein sozialistisches Programm zur Neugestaltung der Gesellschaft stützt.

Die internationalistische Ausrichtung der Socialist Equality Party fand konkrete Gestalt, als sie entschied, die Kampagne auch nach Europa und Asien auszudehnen. Einer der hier gesammelten Vorträge wurde in Australien und Neuseeland gehalten. Weitere Veranstaltungen fanden in Deutschland, Großbritannien und Sri Lanka statt. Im Mittelpunkt stand dabei die Aussage, dass keines der Probleme, denen die Bevölkerung der USA und aller anderen Länder gegenübersteht – Krieg, Arbeitslosigkeit, Lebensstandard und demokratische Rechte – gelöst werden kann, wenn sich die Arbeiterklasse nicht über die Grenzen hinweg gegen den globalen Kapitalismus zusammenschließt.

Zusätzlich zu den vier Vorträgen über die Präsidentenwahlen 2000 und 2004 finden sich in diesem Buch ein Nachruf auf den früheren US-Präsidenten Ronald Reagan sowie ein Artikel zum vierzigsten Jahrestag der Ermordung von John F. Kennedy.

Reagans Tod im Juni 2004 löste im politischen Establishment der USA außergewöhnliche Reaktionen aus. Der frühere Hollywood-Schauspieler wurde betrauert, als handle es sich um einen der Gründungsväter. North weist nach, dass die herrschende Elite mit dem überschwänglichen Tribut, den sie Reagan zollte, ihre eigene enorme Bereicherung während der vergangenen 25 Jahre feierte und die reaktionären sozialen und politischen Entwicklungen würdigte, die von der Regierung Reagan in Gang gesetzt worden waren und die zu der beispiellosen Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen einiger weniger führten.

Der Jahrestag von Kennedys Ermordung war einerseits durch sentimentale Legendenbildung geprägt, andererseits durch hasserfüllte Schmähartikel rechter Kommentatoren. Im Gegensatz dazu gibt der in diesem Buch wiedergegebene Artikel einen historischen Überblick über die Regierungszeit Kennedys. Er führt seinen Tod auf die heftigen internen Konflikte zurück, die bis heute im Herzen des amerikanischen politischen Systems toben.

Die Wahl 2004 ist vorbei, aber politische Ruhe ist deshalb nicht eingekehrt. Die zweite Amtszeit der Bush-Administration wird ohne Zweifel von scharfen sozialen, ökonomischen und politischen Krisen geprägt sein. Die in diesem Band erarbeitete Perspektive gibt eine wertvolle Orientierung für die unausweichlichen kommenden politischen Auseinandersetzungen.

Bill Van Auken

New York, 10. Dezember 2004

Lehren aus der Geschichte: Die Wahl 2000 und der neue, „unüberbrückbare Konflikt“

3. Dezember 2000

Vor einem Monat, am Tag der Wahl, brach in den Vereinigten Staaten eine politische Krise aus, deren Dramatik durch ihr völlig unerwartetes Eintreten noch gesteigert wurde.

Kein anderes Land auf der Welt wird so sehr als Modell für die Macht und Stabilität des Kapitalismus angesehen wie die Vereinigten Staaten. Diese sind im Denken von Millionen von Menschen immer noch das Land der Demokratie, der Freiheit und der unbegrenzten Möglichkeiten. Und wie viele, die sich als Kritiker des amerikanischen Imperialismus betrachten, glauben ernsthaft, dass es jemals eine Krise geben könnte, die die Stabilität des gesamten Systems in Frage stellt? Wer von euch hätte mir vor wenigen Monaten geglaubt, dass die Vereinigten Staaten vor Ablauf des Jahres in eine politische Krise geworfen werden, die ihr gesamtes Regierungssystem in Frage stellt?

Und jetzt, nur ein Monat nach einer Wahl, die ganz anders war als alle Wahlen des zwanzigsten Jahrhunderts, ist es nicht mehr undenkbar, dass das politische System der Vereinigten Staaten einen dramatischen und völlig unerwarteten Wandel erlebt.

Der Beginn einer revolutionären Krise in der stärksten Bastion des Weltkapitalismus – und das ist die wesentliche Bedeutung der gegenwärtigen Entwicklung – hat einen Faktor außerordentlicher und beinahe unkalkulierbarer Größe in die Weltsituation eingeführt. Über Nacht sind politische Strategen und ökonomische Theoretiker plötzlich mit einer Tatsache konfrontiert, die sie noch vor vier Wochen für unvorstellbar gehalten hätten: der politischen Destabilisierung und dem möglichen Kollaps der Regierungsstrukturen der Vereinigten Staaten.

Einer der hervorstechendsten Züge einer echten Krise ist, dass sie in der Regel unerwartet ausbricht und kaum vorhersehbare Formen

annimmt. Das bedeutet nicht, dass niemand die Krise vorhergesehen hat. Zumindest eine Publikation hat in ihren politischen Analysen stets darauf bestanden, dass die politischen Strukturen der Vereinigten Staaten nahezu funktionsunfähig sind – das war die *World Socialist Web Site*.¹

Schon im Dezember 1998, als die Auseinandersetzung um die Amtsenthebung Clintons ihrem Höhepunkt zustrebte, warnte die *WSWS*, dass der wilde Kampf zwischen Kongress und Weißem Haus das Omen eines heraufziehenden Bürgerkriegs sei.² Aber damals war die *WSWS* ein Rufer in der Wüste und erhielt selbst von einigen Unterstützern kritische Briefe, die ihr Übertreibung vorwarfen.

Der Verlauf der Wahlkrise

Am 7. November 2000 gingen etwa hundert Millionen Amerikaner – ungefähr die Hälfte der Wahlberechtigten – nach einem selbst für amerikanische Verhältnisse mehr oder weniger ereignislosen Wahlkampf an die Urnen. Es hatte in den letzten Wochen Voraussagen gegeben, dass das Ergebnis knapp werden könne, aber niemand war auf das gefasst, was dann tatsächlich stattfand.

Die meisten Kommentatoren hatten einen Sieg Bushs vorausgesagt, aber in den ersten Stunden nach der Schließung der Wahllokale wurde klar, dass Gore und die Demokraten in beinahe allen wichtigen, industrialisierten Staaten wesentlich besser als erwartet abgeschnitten hatten. Umstrittene Staaten, aus denen sich Hinweise auf das Endergebnis ableiten ließen, gingen überwiegend an die Demokraten. Pennsylvania und Michigan, wo ein äußerst knappes Ergebnis erwartet worden war, entschieden sich mit deutlichen Margen für die Demokraten.

Aber die größte Überraschung war die relativ frühe Bekanntgabe in den Medien, dass Al Gore Florida gewonnen habe. Kurz vor acht schien es so, als habe der Vizepräsident die Präsidentschaft gewonnen.

Dann setzte eine äußerst seltsame Serie von Ereignissen ein. Es gibt in der amerikanischen Politik bestimmte Traditionen. Eine davon ist, dass die Präsidentschaftskandidaten in der Wahlnacht nicht